

Strahlendes Bamberg?

Mobilfunkantennen allerorten, einzeln oder in imposanten Gruppierungen, auf Masten und Gebäudedächern aller Art – Bamberg ist flächendeckend versorgt. Mobil telefonieren kann der Handy-Freak mittlerweile in jeder Gasse, jedem abgelegenen Winkel und vermutlich auch von fast jedem Tiefgaragenstellplatz aus. Doch diese vermeintliche Errungenschaft ruft ebenso massive Kritik und lautstarken Protest hervor: Bürgerinitiativen, Protestplakate und warnende Transparente tauchen vermehrt im Stadtbild auf. Bürger und Bürgerinnen haben Angst vor gesundheitlichen Schäden und wehren sich – mit Erfolg.

Noch vor drei Jahren verzogen die meisten Mitglieder im Stadtrat das Gesicht, als die GAL-Fraktion forderte, den Ausbau des Mobilfunknetzes in Bamberg einzudämmen und, soweit rechtlich möglich, neue Sendeanlagen im Stadtgebiet zu verhindern. Abgesehen von ein paar KollegInnen aus der SPD tat die Stadtratsmehrheit mit dem Oberbürgermeister an der Spitze alle Kritiker als überängstlich, hysterisch und hypochondrisch ab.

Das Bild hat sich mittlerweile gewandelt. Einige Vorschläge der GAL sind heute Handlungsmaxime der Stadt

Bamberg. Die Arbeitsgruppe Mobilfunk, die vorher ohne jedes Gegengewicht von den Vertretern der Mobilfunkfirmen dominiert war, wurde erweitert, so dass nun auch Bürgerinitiativen, ein Ärztevertreter und Stadtratsmitglieder mit am Tisch sitzen. Das Rathaus versteht sich nicht mehr nur als behördlicher Erfüllungshelfer von Vodafone und Co., sondern beginnt, seine Aufgabe der Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung wahrzunehmen.

Die Stadtverwaltung prüft im Moment baurechtliche Möglichkeiten, ob man in reinen und allgemeinen Wohngebieten Mobilfunkantennen grundsätzlich die Genehmigung versagen kann (in Bayreuth ist das bereits der Fall). Auf städtischen Liegenschaften darf bis auf weiteres keine neue Antenne aufgebaut werden. Und Bauanträge für genehmigungspflichtige Anlagen, d.h. Masten mit über 10 Metern Höhe, erhalten derzeit von der Stadt keine Genehmigung. Das bedeutet auch ein vorläufiges Aus für die Mobilfunkpläne am Rand von Kramersfeld und am Paradiesweg.

Meilenstein Konzerthalle

In vorderster Linie ist dieser Wandel den zahlreichen Bürgerinitiativen zu verdanken, die überall dort aus dem Boden schießen, wo Pläne für neue Anlagen rührbar werden. Einen Meilenstein setzte hier wohl die „Bürgerinitiative Konzerthalle“, die sich vehement gegen eine Sendeanlage auf dem Dach der „Sinfonie an der Regnitz“ ausspricht.

Wie sich nach langer Heimlichtuerei im Sommer herausstellte, hatte die Stadthallen GmbH mit Genehmigung des Oberbürgermeisters bereits einen Vertrag mit Vodafone unterzeichnet. Diese Vertragspflicht stand nun dem Stadtratsbeschluss (keine neuen Antennen auf Gebäuden der Stadt) entgegen. OB Lauer saß in der Klemme. Doch einen Tag vor der Monta-

ge machten die Leute von der BI Konzerthalle noch einmal massiven Druck (auch mit Unterstützung der GAL), so dass der OB in buchstäblich letzter Minute Mut bewies und tatsächlich den Monteuren den Zugang zur Konzerthalle verweigerte. Bis heute ist die Anlage nicht installiert. Damit geht die Stadt auch ein Risiko ein, denn Vodafone könnte Schadensersatzansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrags stellen.

Ob es soweit kommt, wird nicht zuletzt Ergebnis der neu bestetzten „Arbeitsgruppe Mobilfunk“ sein. Das erste Zusammentreffen fand im Oktober 2004 statt. Die Firmenleute bekundeten ihr Befremden darüber, dass es in Bamberg ganz besonders schwer sei, neue Standorte durchzusetzen. Dass sie die organisierte Bürgerkritik als „Zirkus“ bezeichneten, werden die anwesenden BI-Vertreter wohl eher als Lob für sich verbucht haben.

Teufelskreis Standortdebatte

Nun waren aber auch von seiten der Stadtverwaltung andere Töne zu hören. Umweltreferent Grimm legte eine Stadtkarte vor, die alle Wohngebiete, alle sensiblen Bereichen (d.h. um Schulen, Altenheime etc.) und zusätzlich jeweils einen Sicherheitsabstand von 150 Metern markierte. Überall dort sollten nach Maßgabe des Umweltschutzreferats keine neuen Standorte ausgewiesen werden. Und siehe da: Bamberg ist damit abgedeckt – unter diesen Kriterien gibt es keine möglichen neuen Standorte! Das müssen die Mobilfunker nun erst mal verkraften. Vorerst hat sich die Arbeitsgruppe ohne Ergebnis vertragen.

Doch Vorsicht ist geboten, denn als Alternativen blieben dann nur noch große Masten am Stadtrand oder im Außenbereich mit entsprechender höherer Sendeleistung. Aus Sicht der Gesundheitsvorsorge ist dies aber ebenso wenig wünschenswert. Denn davon wären genauso Menschen betroffen, wenn auch eine geringere Zahl. Die Standort-Debatte ist so gesehen ein Teufelskreis.

In Bamberg Empfang flächendeckend

Höchst interessant ist jedoch die von allen Firmen bestätigte Tatsache, dass der Mobiltelefon-Empfang an allen Stellen in Bamberg „gut funktioniert“. Bamberg ist also mit GSM-Antennen umfassend versorgt, so dass ein „flächendeckender Outdoor-Empfang“ (Telefonieren im Freien) hundertprozentig und zu jeder Zeit gewährleistet ist. Bei der Diskussion um neue Anlagen geht es also im wesentlichen um die zusätzliche UMTS-Technik, die neben dem Telefonieren auch das Herunterladen von Dateien und Video aufs Handy oder aufs Laptop und den Zugang zum Internet ermöglicht. Mithin steht fest: Würde man auf diese Zusatzfunktion verzichten, bräuchte Bam-



Heiliggrabstraße Photo: Erich Weiß

berg keine einzige zusätzliche Sendestation mehr! Auch die Leistung einzelner GSM-Anlagen könnte man für einen Outdoor-Empfang problemlos herunterfahren, wenn man nicht gerade in jedem Gewölbekeller erreichbar sein will.

Das dürfte Wasser auf die Mühlen der vielen mehr oder weniger organisierten Bürgerinitiativen sein, die mittlerweile in Bamberg ebenso sprießen wie die Installationspläne von T-Mobile und Co.: Michaelsberg, Paradiesweg, Konzerthalle, Hain, Gartenstadt, Gaustadt, Schranne, Kramersfeld.

Gaustadt: Bier plus Mobilfunk

Die Mobilfunk-Profiteure indessen lassen sich von Gesundheitsbedenken leider kaum beeindrucken. Das zeigte sich erneut in Gaustadt, wo sich auf der Kaiserdom-Brauerei bereits GSM-Anlagen von Vodafone und T-Mobile befinden. Aktuell will nun O₂ nachziehen und auch gleich mit UMTS-Technik aufstocken. Entsprechende Ansinnen haben die beiden Konkurrenzfirmen angekündigt. Mittelfristig muss-

Fortsetzung Seite 2

I N H A L T

Mehr rund um Mobilfunk

auf den Seiten 2 und 3

In einem Boot im Haifischbecken?

Interview mit MdB Ursula Sowa über eine halbe Legislaturperiode im Bundestag

Seite 4

Fahrradparkhaus, autofreie Siedlung und Busmonatskarte für 2850 km

Verkehrspolitik, wie sie anderswo funktioniert und in Bamberg funktionieren könnte

Seite 5

Im Rathausmagazin:

Wie OB Lauer die ganz zu seinem Sprachrohr machen wollte, wie er politisch flexibel mit Rot-Grün umgeht und wie Projekte im Rathaus ins Stolpern geraten.

Seite 6

Mit den Familien geht der Wohlstand

Eine Studie des Berlin-Instituts bringt es Schwarz auf Weiß: Bamberg ist nicht familienfreundlich und Familien ziehen lieber aufs Land.

Seite 7

Knickrig musste blechen

Nachtrag zur ganz 62: Beim Vergleich vor Gericht bekam Fernfahrer Bert Heumann von seinem ehemaligen Arbeitgeber 4000 Euro.

Seite 8

In der ganzeweise:

Der Stadtplanungsbeirat mag Parkhäuser – Lässt sich das Rathaus kulturell wachküssen? – Nur wenige StadträtInnen staunten über Konversionsflächen in Augsburg

Seite 8

Standorte in Bamberg

Grüner Markt 23 (Karstadt)
 Katzenberg (Hotel Domherrenhof)
 Heinrichsdamm 1
 Michaelsberg (Altenheim Bürgerspital)
 Unterer Kaulberg 4 (Internat. Künstlerhaus)
 Laurenzplatz 20 (Gaststätte Greifenklau)
 Wilhelmsplatz 3 (Telekom)
 Heiliggrabstraße 15 (Privathaus)
 Luitpoldstraße 51 (EVO)
 Grüner Markt 1 (Fielmann, Fassade)
 Theresienstraße 32
 Kantstraße 33
 Memmelsdorferstraße 211
 Zollnerstraße 181
 Kloster Langheimstraße 8 (Hochhaus)
 Ludwigstraße 25 (Landratsamt)
 Schützenstraße 23 (Deutscher Herold)
 Margaretendamm 28 (Stadtwerke)
 Robert-Bosch-Straße 40 (Firma Bosch)
 Kronacher Straße 50
 Hauptmoorwald (Mast Geisfelderstraße)
 Hauptmoorwald (Pödeldorfer Straße)
 Hauptmoorstraße 26 (AWO-Seniorenheim)
 Gutenbergstraße 20 (Mast)
 Heinrichsdamm (Parkhaus Stadtwerke)
 Siemensstraße 37-43
 Hohenlohestraße (Joseph-Stiftung, Süd-West)
 Kirschhackerstraße
 Lagerhausstraße 19
 Lagerhausstraße 6
 Rheinstraße 16 (RZB Zimmermann Leuchten)
 Mainstraße 4
 Altenburg (Altenburg-Verein)
 Am Börstig 2 (Firma Bosch)
 An der Breitenau 2 (Einkaufszentrum)
 Breitackerstraße (Brauerei Kaiserdom, Gaustadt)
 Coburger Straße 35
 Franz-Ludwig-Straße 7 (Hedwigspothke)
 Hainstraße 2 (in weißem Schlot)
 Von-Ketteler-Straße 37
 Schranne 3 (Vermessungsamt, Freistaat Bayern)

Die Liste wurde erstellt auf Grundlage der Daten des Umweltamts der Stadt Bamberg (Stand Oktober 2004) und der BI Konzerthalle. Liste (allerdings ohne Hausnummern) und Lageplan einsehbar unter www.stadt.bamberg.de, Rubrik „Umwelt & Energie“

Glossar

Elektromagnetische Strahlung

Bei Mobilfunk (Antennen, Handys, W-Lan usw.) treten Schwingungen elektrischer und magnetischer Felder auf, die sich im Raum mit Lichtgeschwindigkeit ausbreiten und mit Schallwellen vergleichbar sind. Mit Schallwellen kann man bekanntlich Gläser zerstören, wenn man ihre Resonanzfrequenz trifft. Ähnlich bei elektromagnetischen Wellen: Sie können bei entsprechender Frequenz Moleküle in Schwingungen versetzen. Bislang geht man davon aus, dass die Moleküle dadurch aber nicht kaputt gehen oder in ihrer Gestalt verändert werden, sondern sich nur ihre Temperatur erhöht. (Bei der Mikrowelle wird diese Funktion zum Kochen genutzt!) Mobilfunkskeptische Wissenschaftler versuchen nachzuweisen, dass die hochfrequenten und gepulsten elektromagnetischen Strahlen des Mobilfunks aber auch zellverändernde Auswirkungen bei lebenden Organismen haben (also auch beim menschlichen Körper).

Grenzwerte

Die Grenzwerte für elektromagnetische Strahlen wurden 1997 per Verordnung (26. BImSchV) festgelegt, die auf dem Bundesimmissionschutzgesetz beruht. Zuständig sind hierzulande die deutsche Strahlenschutzkommission bzw. das Bundesumweltministerium. Der Grenzwert für Strahlen bei 2000 MHz (Bereich des UMTS-Netzes) liegt bei 10.000.000 Mikrowatt (Abk. $\mu\text{W}/\text{m}^2$, entspricht 10 W/m^2), für 1800 MHz (E- und D-Netz GSM) bei 9.000.000 $\mu\text{W}/\text{m}^2$ und für 900 MHz (D-Netz GSM) bei 4.500.000 $\mu\text{W}/\text{m}^2$. Vor der Festsetzung der Grenzwerte wurde die biologische Wirkungsschwelle untersucht, jedoch beschränkte man sich dabei auf die Erwärmung von Organismen durch elektromagnetische Strahlen (thermische Wirkung) und prüfte nicht die sonstigen (athermischen) Auswirkungen. Die seit 1997 in diesem Bereich gemachten besorgniserregenden Studien wurden von den Verantwortlichen der deutschen Strahlenschutzkommission zwar zur Kenntnis genommen, veranlassten diese aber nicht dazu, die Grenzwerte in Frage zu stellen. Im EEG nachweisbare Hirnstromveränderungen stellten Mediziner bei 1.000 $\mu\text{W}/\text{m}^2$ fest. Ein Anstieg von Chromosomenbrüchen bei Kühen trat bei 420 $\mu\text{W}/\text{m}^2$ auf. Ab 100 $\mu\text{W}/\text{m}^2$ gibt es bei Schulkindern Motorik-, Gedächtnis- und Aufmerksamkeitsstörungen.

Reg TP

Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (www.regtp.de). Dort müssen sich Mobilfunkbetreiber für jeden Standort eine Standortbescheinigung ausstellen lassen. Darin werden gemäß den vorgegebenen Grenzwerten die Sicherheitsabstände für jede Anlage bestimmt. Die Standortbescheinigung muss zwei Wochen vor Inbetriebnahme der Stadt Bamberg vorgelegt werden. Für jede Änderung ist eine neue Standortbescheinigung zu beantragen. Bisher hat die RegTP in ganz Deutschland 70.884 Mobilfunkbasisstationen an 52.480 Standorten genehmigt. Die für den Raum Bamberg zuständige RegTP-Stelle in Bayreuth erteilt BürgerInnen auch Auskünfte über Standorte und Anträge: Leibnitzstr. 4, 95402 Bayreuth, Tel. 0921/7557272.

Baurecht

Die Zulässigkeit von Mobilfunkanlagen ist in den jeweiligen Bauordnungen der Bundesländer geregelt. Sie sind genehmigungsfrei, soweit sie eine Höhe von 10 Metern nicht überschreiten. Das heißt, dass eine Kommune Antennen unter 10 Metern in der Regel nicht verhindern kann. In Bebauungsplänen kann die Errichtung von Mobilfunkantennen nicht pauschal ausgeschlossen werden. Am weitesten gehen die Befugnisse der Kommune bei reinen Wohngebieten, wo gewerbliche Nutzungen (und das sind Mobilfunkantennen) untersagt werden können. Eine beschränkte Möglichkeit der Einflussnahme hat eine Kommune, indem sie eine Gestaltungssatzung erlässt. Aber: Ein generelles Verbot von Mobilfunkantennen ist auch auf diesem Weg nicht möglich. In der engeren Umgebung von oder auf Baudenkmalen müssen die Denkmalbehörden eingeschaltet und kann eine Genehmigung versagt werden. Relevant ist bei allen baurechtlichen Fragen nur die städtebauliche Bedeutung der Anlage. Gesundheitsvorsorge ist hier kein Argument, denn von der Rechtssystematik her wurde dem bereits durch die Einhaltung der Grenzwerte und die Auflagen der RegTP-Standort-

Fortsetzung von Seite 1

ten sich die GaustadterInnen also auf drei Sendestationen (von Vodafone, O₂ und T-Mobile) mit jeweils sechs Sendeanlagen (3 GSM + 3 UMTS) gefasst machen, wenn sich Brauereibesitzer Wörner nicht noch eines Besseren besinnt. Doch dieser zeigte sich bisher ziemlich uneindringlich von den Einwänden der BürgerInnen. Inzwischen hat sich auch der Bürgerverein eingeschaltet und appelliert nun an Wörner, den Gaustadter BürgerInnen keine zusätzlichen Antennen zuzumuten. Den gleichen Appell richtet der Bürgerverein übrigens auch an alle anderen Haus- und Grundbesitzer.

Vielorts sind Betroffene sogar bereit, vor Gericht zu ziehen. Auch in Bamberg sind einige Klagen gegen bestehende Anlagen anhängig, über die aber an dieser Stelle nicht detailliert berichtet werden kann. Die Aussichten solcher Gerichtsprozesse sind durchaus fragwürdig. Erst im Februar 2004 hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe eine Klage zurückgewiesen, mit der Begründung, die bestehenden Grenzwerte seien nicht in Frage zu stellen, und im Bereich dieser Grenzwerte arbeitende Anlagen deshalb nicht zu beanstanden. Das ist der aktuelle Rechtsstand, der aber wiederum keinen Anspruch auf ewige Gültigkeit hat, denn die Rechtsprechung entwickelt sich bekanntlich weiter.

Bezeichnend ist in einem anderen Fall die Reaktion einer Betreiberfirma auf die Klage von Anwohnern. Das Unterneh-



Promenade: Halterung mit Mikrozelle, im Bild links oben

men bot schriftlich an, die fragliche Antenne abzubauen und sämtliche Rechtsanwaltskosten zu übernehmen, wenn die Klage zurückgezogen würde. Die Sorge der Mobilfunkgesellschaften um ihr öffentliches Image scheint also recht groß zu sein.

Bamberger Ärzte-Appell

Inzwischen greifen nicht nur Bürger und Bürgerinnen das Thema auf. 130 Bamberger Ärzte und Ärztinnen haben den überregional Aufsehen erregenden „Bamberger Mobilfunk-



Kloster-Langheim-Straße

Appell“ unterzeichnet, mit dem sie aus medizinischer Sicht einen Ausbaustopp für das Mobilfunknetz fordern und zu einem vorsichtigen Umgang mit Handys auffordern. Die katholische Kirche hat beschlossen, dass auf Liegenschaften des Erzbistums Bamberg keine Antennenanlagen errichtet werden dürfen. Eine ähnliche Direktive gibt es zwar bei der evangelischen Kirche nicht, im Dekanat Bamberg hat man den Betreiberfirmen aber bisher keine Dächer zur Verfügung gestellt.

Dass solch beispielhaftes Verhalten auch Nachahmung findet, zeigt ein Schreiben des neuen Welcome-Hotels an der Konzerthalle. Die dortige Bürgerinitiative hatte angefragt, ob denn das Welcome-Hotel einer Antenne auf seinem Gebäude zustimmen würde. Die Antwort der Geschäftsleitung war eindeutig: Der Stadtratsbeschluss und die Entscheidung des Oberbürgermeisters, keine Sendeanlagen auf städtischen Liegenschaften zuzulassen, sei „wegweisend“. Eine „eventuelle Anfrage“ würden die Hotelchefs deshalb „abschlägig bescheiden“.

Folgen am Immobilienmarkt

Auch im Bamberger Immobilienmarkt spielt Mobilfunk eine Rolle. Eine kleine (nicht repräsentative) Umfrage der 99Z-Redaktion ergab, dass alle befragten Makler sich teilweise intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Die Haltung der Immobilienkäufer stellt sich nach ih-



Siemensstraße

Photos: Erich Weiß

rer Aussage unterschiedlich dar: Einige haben die Erfahrung gemacht, dass bei einer Sendeanlage in unmittelbarer Nähe oder gar in Sichtweite des Kaufobjekts ein beträchtlicher Teil der Kunden (geschätzt 40%) von vorneherein abwinkt und kein weiteres Interesse mehr hat. Allein durch diese Verringerung des Interessentenkreises sei ein merklicher Wertverlust der Immobilie festzustellen. Doch auch Resignation scheinen die Maklerkunden an den Tag zu legen: Egal wo man kaufe, man könne einer Strahlenbelastung ohnehin nicht mit hundertprozentiger Sicherheit ausweichen, so eine häufige Reaktion. Von konkreten Einzelfällen, in denen Mobilfunk eine kaufentscheidende Rolle gespielt hat, wussten alle

Makler zu berichten. Dass man beim Verkauf von standortnahen Häusern von vorneherein einen Abschlag auf den Verkaufspreis machen müsse, bestätigte die Hälfte der Befragten; die übrigen sahen keine direkten Auswirkungen.

Der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen warnte jedenfalls vor drohenden Mietverlusten und riet allen Vermietern, die ihr Dach für Antennen hergeben wollen, sich in ihren Verträgen mit den Mobilfunkfirmen ein außerordentliches Kündigungsrecht einräumen zu lassen. Außerdem sollten sie sich derart absichern, dass eventuelle Mietminderungsansprüche der betroffenen Hausbewohner von den Mobilfunkfirmen beglichen werden.

Gesundheitsschäden durch Mobilfunk?

Ernstzunehmende Beobachtungen von Störungen bei Menschen und Tieren gibt es viele. Bei Untersuchungen wurde folgendes beobachtet: Gehirnleistungen nehmen ab (Konzentration, Ausdauer, Denkgeschwindigkeit), Gehirnströme werden beeinflusst, die Durchblutung verändert, die Blut-Hirn-Schranke (eine Membran zum Schutz des Gehirns vor Schadstoffen) wird durchlässig, Änderungen beim Hormon Melatonin rufen Infektanfälligkeit hervor und verändern die nächtlichen Schlafphasen, bei Ratten stellte man abgestorbene Gehirnzellen fest. Konkret klagen Menschen über Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Unruhe, Gereiztheit, Erschöpfung, depressive Stimmung, Schwindel, Herzjagen, hohen Blutdruck, Tinnitus usw. In welchem Ausmaß Mobilfunkstrahlen dafür (mit)verursachend sind, ist wissenschaftlich noch nicht nachgewiesen. Viele MedizinerInnen halten die beobachteten Zusammenhänge aber für evident.

Strahlungsbummel mit Überkapazitäten

Samstagsvormittagsbummel in der Innenstadt – diesmal mit einem Messgerät für Mobilfunk-Strahlung

Mit dem Stadtbus fahre ich bis zur Schranne und starte zu Fuß Richtung Inselstadt. Schon beim Alten Rathaus werde ich von Touristen nach einer guten Frühstückskneipe gefragt. Die kurze Unterhaltung findet mit Blick auf die Schranne statt. Das Messgerät misst 2500 $\mu\text{W}/\text{m}^2$. Kaum bin ich durch den Torbogen durch, treffe ich eine Freundin. Wir setzen uns kurz entschlossen vor das nächste Café in die noch herblich-warme Sonne: Auf der Skala zeigen sich 1300 $\mu\text{W}/\text{m}^2$.

Schließlich schlendere ich weiter Richtung Gabelmann. An der Ampel am Obstmarkt muss ich kurz warten. Die Mikrozelle gleich gegenüber lässt grüßen und bringt mir ganze 7000 $\mu\text{W}/\text{m}^2$ ein. Beim Crêpe-Stand kann ich wieder mal nicht widerstehen und lasse mich kurz am Gabelmann nieder, um zu essen: 660 $\mu\text{W}/\text{m}^2$.

Vorbei an zahlreichen Schaufenstern meldet sich beim mobilcom-Laden in der Hauptwachstraße das Messgerät wieder in

nennenswertem Ausschlag: 160 $\mu\text{W}/\text{m}^2$ allein schon durch die im Laden angeschalteten Geräte.

In der Franz-Ludwig-Straße stößt der Skalenzähler dann an seine Grenzen. Direkt unter der Mikrozelle an der Hedwigspothke, dezent auf den lachsfarbenen Hausanstrich abgestimmt, zeigt das Gerät 20.000 $\mu\text{W}/\text{m}^2$ an – die Maximalgrenze. Der tatsächliche Wert liegt also vermutlich höher. Davon ist auch im gegenüberliegenden Café, in das ich gehe, um die Wartezeit am ZOB zu überbrücken, noch einiges zu merken. Mein Fensterplatz bietet schöne Aussicht, aber auch satte Strahlung: 2600 $\mu\text{W}/\text{m}^2$.

Ob mir der kleine Spaziergang schon geschadet hat? Wer weiß?

Aber eins ist Fakt: An jeder zufällig ausgewählten Messstelle bei meinem City-Bummel hätte der Wert von 2 $\mu\text{W}/\text{m}^2$ ausgereicht, um mit dem Handy telefonieren zu können!

Appell

Dr. Cornelia Waldmann-Selsam

Die Macht in unseren Händen

Wir können etwas tun! Jeder von uns – und besonders wir alle gemeinsam. Dabei geht es nicht um Panikmache oder Technologiefeindlichkeit. Ziel ist nicht, Angst zu schüren oder Stimmung zu machen. Vielmehr ist Vorsicht angesagt. Denn viele Ärzte haben den dringenden Verdacht, dass in der Nähe von Mobilfunkanlagen lebende Menschen häufig Gesundheitsstörungen haben. Deshalb muss der weitere Ausbau des bestehenden Mobilfunknetzes (insbesondere die neue UMTS-Technik) jetzt gestoppt werden, damit nicht noch mehr Menschen in ihrer Gesundheit zu Schaden kommen.

Wir Verbraucher und Verbraucherinnen sind gefragt! Wir alle halten die „Macht“ in unseren Händen. Wir bestimmen darüber, welche Technologie kommerziell verwertbar ist und welche nicht. Die Gleichung lautet ganz einfach: Wenn es keine UMTS-Nutzer gibt, wird auch das Netz nicht ausgebaut. Das ist gar nicht so abwegig. Die neue UMTS-Technik verzeichnet weit weniger Interesse bei den Kunden als erwartet. Nicht nur Mobilfunk-Kritiker fragen sich, welchen unentbehrlichen Vorteil es haben soll, mit dem Handy Dateien, Bilder und Filme aus dem Netz zu laden, wenn man es zu Hause am großen Computer-Bildschirm eigentlich viel besser kann.

Verständlicherweise reagieren die Mobilfunkfirmen übernervös. Gerade jetzt im Weihnachtsgeschäft wollen sie Kunden mit Dumpingpreis-Angeboten für UMTS-Handys locken. Und der blinde Aktionismus, mit dem

sich Vodafone, O₂, E-Plus und T-Mobile schnellstmöglich allerorten Antennenstandorte sichern wollen, rührt ganz klar daher, dass der Widerstand in der Bevölkerung gegen den Neubau von Anlagen wächst. Die Bürgerinitiativen, die anfangs als hysterisch abgetan wurden, haben inzwischen die Menschen hellhörig gemacht, sie haben gewarnt und aufgeklärt, und sie bündelten das Engagement von Leuten, die ähnliche Erfahrungen und gleiche Sorgen teilen.

Die öffentliche Meinung ist dabei, sich zu wandeln: Mobilfunk wird nicht mehr nur als bequeme und moderne Kommunikationsmöglichkeit gesehen, sondern zunehmend auch als Risikotechnologie, die man nur vorsichtig nutzen darf.

Unsere Chance und unsere Macht liegt im Alltag. Kein Kauf von UMTS-Technik. Zurückhaltender Umgang mit Handys. Unterstützung von Bürgerinitiativen. Wir können etwas tun!

Dr. Cornelia Waldmann-Selsam ist seit 2002 für die GAL im Stadtrat. Sie ist praktische Ärztin und hat den „Bamberger Ärzte-Appell“ initiiert. Sie hat selbst bei vielen Betroffenen Messungen vorgenommen und ist inzwischen davon überzeugt, dass Mobilfunk-Strahlen gesundheitliche Auswirkungen auf den menschlichen Körper haben.



Forschung im Zerrspiegel

Welche Auswirkungen genau Mobilfunk auf den menschlichen Körper hat, ist unter WissenschaftlerInnen heiß umstritten. Behörden, Gerichte und Gesetze berufen sich darauf, dass bisher keine Effekte unterhalb der Grenzwerte nachgewiesen wurden. Studien, die den Gegenbeweis antreten wollen, gibt es zuhauf. Zum Teil wurden sie zu Recht kritisiert, zum Teil stoßen sie auf finanzkräftige Gegenpropaganda der Mobilfunkfirmen, zum Teil geben sie alarmierende Hinweise, die unbedingt weiterer wissenschaftlicher Untersuchung bedürfen.

Naila-Studie

Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet in letzter Zeit die Studie aus Naila. Ihr wurde vorgeworfen, sie sei wissenschaftlich nicht wasserdicht und habe keine universitäre Anbindung, außerdem weisen sie forschungstechnische Lücken auf und sei überhaupt noch nicht in einer Fachpublikation erschienen. Vor dem Hintergrund dieser Vorwürfe ist es interessant, die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Naila-Studie zu kennen.

Fünf ortsansässige Ärzte hatten den Eindruck, dass sich Krebserkrankungen in der letzten Zeit und vor allem bei jüngeren Menschen häufen, und befürchteten einen Zusammenhang mit einer 1993 installierten Mobilfunkstation.

Deshalb durchsuchten sie nachträglich ihre Patientenakten (insgesamt rund 1000 PatientInnen) über den Zeitraum von zehn Jahren und stellten fest: Bei den PatientInnen, die in einem Umkreis von unter 400 Metern um die Sendestation wohnten, lag die Anzahl der Krebsfälle drei mal so hoch wie bei den weiter ent-

fernt wohnenden PatientInnen. Und im Durchschnitt waren die an Krebs Erkrankten acht Jahre jünger. Eine wichtige Erkenntnis war aber auch, dass dieser si-



Hohenlohestraße (Süd-West)
Photo: Erich Weiß

gnifikante Unterschied bis 1998 noch nicht zu verzeichnen war. Das heißt, in den ersten fünf Jahren war der (möglicherweise von der Antenne ausgehende) Effekt noch nicht merkbar, erst längerfristig stellte sich die Wirkung ein.

Die Ärzte waren von diesem Ergebnis äußerst betroffen und schlugen beim Landratsamt Alarm, wo man aber kein Interesse hatte. Als Pläne bekannt wurden, dass der Standort mit

noch mehr Sendeanlagen ausgestattet werden sollte, wollten sie eine langwierige Veröffentlichung in der medizinischen Fachpresse nicht länger abwarten. Im Juli 2004 gingen sie zusammen mit dem Nailaer Bürgermeister an die Öffentlichkeit, wo der Pressewirbel groß war, und wo ihnen bald von seiten der Mobilfunkbranche und des mobilfunkfreundlichen bayerischen Umweltministers die Fetzen um die Ohren flogen.

Aller Kritik an der Naila-Studie muss deshalb entgegen gehalten werden: Die Ärzte aus Naila hatten von vornherein keinen aufwändigen Untersuchungsaufbau mit Messungen oder Fragebögen. Sie konnten auf keinerlei finanzielle Unterstützung zurückgreifen. Sie handelten aus persönlicher Sorge um ihre PatientInnen. Und sie verstanden ihre Ergebnisse nie als Beweis, sondern als eklatantes Indiz, dem dringend nachgegangen werden muss.

Die Studie, deren Kurzfassung schon seit Sommer im Nailaer Rathaus erhältlich ist, wird übrigens demnächst komplett in einer wissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlicht.

Reflex-Studie

Interessant ist auch die Geschichte der sogenannten „Reflex-Studie“. Dabei handelt es sich um ein EU-finanziertes Projekt, bei dem in den Jahren 2000 bis 2003 zwölf Forschergruppen aus sieben Ländern arbeiteten. Sie sollten die Effekte von elektromagnetischen Strahlen auf Zellen im Reagenzglas erforschen. Die Studie war zwar ergebnisoffen angelegt, Sinn und Zweck war aber eigentlich, zu beweisen, dass es keine zellulären Effekte gibt.

Aus dieser Sicht waren die Ergebnisse jedoch überraschend. Denn wider Erwarten beobachteten mehrere Forschergruppen Schäden an Chromosomen (sie tragen die Erbinformation) und Veränderungen bei der Konzentration von Eiweißen, die den Hormonhaushalt steuern.

Einzelne Gruppen haben bereits publiziert, bei der Berliner Arbeitsgruppe verzögert sich die Veröffentlichung jedoch und anfragende ÄrztInnen bekommen keinen Zugang zu den Forschungsergebnissen. Der Ein-

fluss der Mobilfunk-Lobby ist zu stark. Nach Aussagen des Koordinators der EU-Reflex-Studie, Prof. Franz Adlkofer, ist die Mobilfunk-Forschung zu 80% von der Mobilfunk-Industrie selbst abhängig.

Forschung industriefinanziert

Das gilt auch für Deutschland. Trotz der vielen Bedenken in Medizinerkreisen hielt es die Strahlenschutzkommission bisher nicht für nötig, die Grenzwerte für elektromagnetische Strahlung in Frage zu stellen. Das Bundesumweltschutzministerium erkannte immerhin die Notwendigkeit zu systematischen Untersuchungen an und legte das „Deutsche Mobilfunk-Forschungsprogramm DMFP“ auf. 50 Forschungsvorhaben sind von 2002 bis 2006 in den Bereichen Biologie, Dosimetrie, Epidemiologie und Risikokommunikation tätig.

Das 17 Mio Euro teure Programm wird allerdings wesentlich von Mobilfunkfirmen mitfinanziert.

Bayerns Sympathie für Mobilfunk



Blick auf die fünfte Domturmspitze? Nein – Mobilfunkantenne auf der Schranne, mit Zustimmung des Denkmalschutzes.

Für den Freistaat Bayern ist Mobilfunk offensichtlich in erster Linie ein Wirtschaftsfaktor – und eine stattliche Einnahmequelle. Der im Jahr 2002 von der bayerischen Landesregierung mit der Wirtschaft geschlossene „Mobilfunkpakt“ sieht vor allem einen forcierten Ausbau des Netzes vor. Und das Land trägt dazu ordentlich bei, indem es staatliche Liegenschaften für Sendestationen anbietet (in Bamberg z.B. der Ebracher Hof am Unteren Kaulberg, der einen Teil des Internationalen Künstlerhauses beherbergt) – freilich zur Freude des Finanzministers, der dadurch erkleckliche Mieteinkünfte hat.

Trotz Beschwerden und Unterschriftenlistenaktion der Anwohner war auch die Sendestation auf dem Vermessungsamt (Eigentümer: Freistaat Bayern) an der Schranne flott installiert. Dagegen ziehen sich die Verhandlungen um einen Mast auf dem Staatsarchiv in der Hainstraße bislang hin – wohl nicht zuletzt deswegen, weil sich der

Leiter des Staatsarchivs und seine MitarbeiterInnen zusammen mit AnwohnerInnen vehement dagegen aussprechen.

Nur unter der Hand erfährt man von inoffiziellen Weisungen aus der mobilfunkfreundlichen Staatskanzlei, wenn es um denkmalgeschützte Gebäude geht: Die Denkmalbehörden sollen sich nicht allzu streng geben. Die mehrere Meter hohe Antenne auf dem Dach des Vermessungsamts an der Schranne, ein im frühen 18. Jahrhundert erbautes ehemaliges Franziskanerkloster, fand denn auch ohne großes Federlesen die Zustimmung der Denkmalschützer, obwohl sie deutlich im Stadtbild des Weltkulturerbes sichtbar ist. Demgegenüber zeigten sich dieselben Behörden bei der Dachsanierung der Gaustadter Kirche vergleichsweise zimperlich: Die Pläne des Pfarrers, auf dem Dach eine von unten nicht sichtbare Solarstromanlage anzubringen, waren aus ihrer Sicht „mit dem Baudenkmal nicht vereinbar“.

Glossar

scheinigung Rechnung getragen. In Bezug auf Mobilfunk ist das Baurecht also ziemlich verwickelt und die Rechtsprechung hat bislang keine ganz einheitliche Linie. Es kommt also immer auch darauf an, wie mutig einzelne Kommunen ihre Spielräume ausnützen und eventuellen Klagen der Mobilfunkbetreiber trotzen.

GSM

Global System for Mobile Communications. Mit dieser Technik funktionieren die heutigen Handys.

UMTS

Universal Mobile Telecommunication System. Es ermöglicht neben Sprachkommunikation auch Bild- und Videoübertragung. Das Netz befindet sich gerade im Aufbau und stößt auf massive Ablehnung, weil Kritiker diese Technik für verzichtbar halten, v.a. angesichts der möglichen gesundheitlichen Schädigungen. Die Versteigerung der UMTS-Lizenzen brachte dem Bundesfinanzminister vor vier Jahren 50 Milliarden Euro ein. Auch wenn es nicht offiziell zugegeben wird: Dieser Finanz-Coup bindet jetzt der Bundesregierung die Hände. Würde den Mobilfunkfirmen der UMTS-Ausbau verweigert, kämen immense Schadenersatzforderungen auf Schröder & Co. zu.

W-Lan

Wireless Local Area Network (auch Wireless LAN). Es handelt sich um drahtlose Funknetze zur Datenübertragung. Über sogenannte „Hot Spots“ (lokal wirksame Mobilfunkantennen mit relativ schwacher Leistung) ermöglicht W-Lan den Zugang zum Internet oder zu Firmen-Intranets und die Vernetzung von Rechnern in verschiedenen Räumen. Genutzt wird W-Lan in Firmen, Hotels, Schulen, an öffentlichen Plätzen, Museen, Bahnhöfen, Flugplätzen usw. Das Empfängergerät, hier ein Laptop oder PC, strahlt ebenso wie das Handy beim Mobiltelefonieren auf den menschlichen Körper aus.

Schnurlostelefone

Mit der Basisstation eines DECT-Telefons holt man sich sozusagen eine kleine Mobilfunkantenne direkt in die Wohnung. Von dieser ständigen Strahlungsquelle – der Hörer hingegen strahlt nur beim Telefonieren – geht eine oft noch höhere Strahlenbelastung aus als von einer Sendeanlage auf dem Dach des Nachbarhauses. Die Strahlung wird durch Wände zwar abgeschwächt, betrifft aber dennoch auch nebenan liegende Zimmer und Wohnungen. Dabei sendet DECT mit einer Intensität, die in den meisten Fällen für die Benutzung zuhause überdimensioniert ist. Im Freiburger Appell von 2002 forderten 1000 Ärzte eine deutliche Reduzierung der Strahlenintensität und dass DECT-Anlagen ganz aus öffentlichen Gebäuden verbannt werden, ähnlich dem Rauchverbot. Das Bundesamt für Strahlenschutz empfiehlt, die Basisstationen nicht in Kinder- oder Schlafzimmern einzurichten. Und das Bayerische Landesamt für Umweltschutz hält DECT für so bedenklich, dass es sogar zum völligen Verzicht rät (Wobei man in München für diesen Rat offenbar Geheimstufe 1 ausgegeben hat, denn die für eine solche Einschätzung angemessene offensive Aufklärung der Bevölkerung über DECT findet nicht statt.) Ganz aktuell hat die Firma BMW sich entschlossen, alle in ihren Gebäuden genutzten DECT-Telefonanlagen so umzurüsten, dass die Strahlung für die Beschäftigten nur noch höchstens 100 µW/m² beträgt. Wer keine Strahlenschleuder in seiner Wohnung haben will, kann auf herkömmliche analoge Telefone zurückgreifen, oder durch die Schnurlos-Alternativtechnik „CT1+“ und „CT2“ die Strahlung zumindest minimieren. Hier strahlen Basisstation und Hörer nämlich nur beim Telefonieren.

Versicherungsschutz

Im Januar 2004 gaben führende Unternehmen der Versicherungsbranche – allen voran die Allianz-Versicherung – bekannt, dass von nun an Gesundheitsschäden durch elektromagnetische Strahlung nicht mehr unter die Betriebshaftpflicht für Mobilfunkfirmen fallen. Sie folgen damit dem branchenüblichen Prinzip, dass unkalkulierbare Risiken nicht versicherbar sind. Schadenersatzansprüche von Menschen, die durch Handy-Nutzung oder eine Antenne auf dem Nachbarhaus gesundheitlich geschädigt sind, müssen die nicht mehr versicherten Mobilfunkfirmen dann selbst übernehmen.

Kommentar

In der Koalitionsfalle bequem gemacht?

Von einem grünen Umweltministerium würde man sich etwas anderes erwarten. Die Antworten, die aus Berlin kommen – etwa auf Schreiben von Bürgern und Bürgerinnen, auf Anfragen von seiten des Bundestags, auf Schreiben der Bamberger MdB Ursula Sowa, auf einen Appell der GAL-Stadtratsfraktion – lesen sich „industriesteuert“. Umweltminister Trittin versteckt sich hinter dem Kenntnisstand der Wissenschaft und verweist auf noch ausstehende Forschungen. Von einem Moratorium für den weiteren Ausbau des Mobilfunknetzes will der Grünen-Spitzenpolitiker nichts wissen. Kein Ruhmesblatt also für Rot-Grün!

Nun ist nicht gerade anzunehmen, dass Trittin hinter seinem Ministeriumsschreibtisch sitzt und sich in hämischer Schadenfreude die Hände reibt, wenn er von Ängsten, Erkrankungen und möglichen Gefahren für die Bevölkerung hört. Trittin sind die Hände gebunden. Als es im Regierungskabinett schon einmal auf seine Initiative um eine Senkung der Grenzwerte ging, hatte Bundeskanzler Schröder kurzerhand die Kompetenz dafür vom Umwelt- auf das Wirtschaftsministerium verlagert. Von dem industriefreundlichen Wirtschaftsminister Clement sind aber wirtschaftsbeschränkende Aktionen kaum zu erwarten. Schließlich besetzte die Regierung auch noch die ausgesprochen maroden Staatsfinanzen durch den Verkauf der UMTS-Lizenzen auf. Da kann man schlecht kurz darauf „April-April“ rufen und die Realisierung der Lizenzen durch die Betreiber stoppen. Zumal beim großen Koalitionspartner

SPD die Bedenken gegen Mobilfunk ohnehin nicht sonderlich ausgeprägt sind. Trittin steckt also in der Koalitionsfalle, aber das soll seinen Umgang mit dem Thema nur erklären, nicht entschuldigen. Denn besondere Anstrengungen, aus dieser Falle herauszukommen, legt der grüne Minister auch nicht an den Tag.

Dazu kommt: Die Mobilfunk-Lobby ist stark. Ihre Wirtschaftskraft vor allem angesichts flauer Konjunktur ein unentrichtbares Argument. Dass die Branche auch noch großen Einfluss auf die Forschung in diesem Bereich hat, tut ihr übrigens. Von der Opposition ist auch nichts Industriekritisches zu erwarten, außer ein paar Feigenblatt-Statements zur Bedienung von Bürgerängsten. Doch wenn sich die „große Politik“ diesen Strukturen nicht entziehen kann, müssen die Bürger und Bürgerinnen von unten Druck machen. Der Petitionsausschuss des Bundestags beschäftigt sich derzeit mit einer ungewohnten Vielzahl von Petitionen zum gleichen Thema Mobilfunk, die nach inoffiziellen Informationen die 100 weit übersteigen. Die GAL Bamberg hat beim letzten Grünen-Parteitag eine Senkung der Grenzwerte gefordert und ist damit zwar im ersten Anlauf gescheitert, wird aber weiter dran bleiben. Ärzte beginnen zunehmend skeptisch zu werden und wollen mehr zum Thema wissen, was nun dazu führt, dass im Bamberg ein Ärzte-Symposium stattfindet.

Es scheint, dass sich Mobilfunk zu einem echten Demokratie-Fallbeispiel entwickelt: Politik von unten nach oben.

In einem Boot im Haifischbecken?

Ein Interview mit der Bamberger Abgeordneten Ursula Sowa über eine halbe Legislaturperiode im Bundestag – Vom Erwartungsdruck der BürgerInnen, einem etwas schwerfälligen Koalitionspartner und vielen Ideen für eine neue Kulturpolitik

99Z: Sie sind jetzt zwei Jahre Mitglied im Bundestag. Wie ist es Ihnen im Haifischbecken der großen Politik inzwischen ergangen?

Ursula Sowa: Nach zwölf Jahren Oppositionspolitik im Bamberger Stadtrat, wo regelmäßig alle Anträge von uns abgelehnt wurden, ist es ein tolles Gefühl, gemeinsam mit der SPD die Mehrheit zu haben. Das war neu und ungewohnt für mich. Aber von wegen Haifischbecken. Während in den Medien oft ein harter Ton vorherrscht, geht es hinter den Kulissen sehr höflich und eher freundlich zu

meine Plenumsreden, bin in den Ausschüssen präsent, gebe meine Pressemitteilungen heraus wie ein alter Hase, bzw. alte Häsin. Es ist richtig, die Medien stürzen sich geradezu auf die Promis. Und bei den Pressemitteilungen ist das ähnlich: Wo ein prominenter Name als Absender drauf steht, haben die Redaktionen automatisch mehr Interesse. Andererseits macht weniger Pressewirbel auch ein Stück weit freier – man kann seiner Arbeit in Ruhe nachgehen. Man muss sich für seinen politischen Bereich einen gewissen Bekanntheitsgrad eben erst

erarbeiten und Kontakte zu den entsprechenden Pressevertretern zusammensammeln. Das dauert. Gerade im Bereich Kultur, wo ich seit einem Jahr Sprecherin der Grünen in der Enquete-Kom-

mission bin und viel Zeit investiere, bemerke ich, dass die Medien auch auf mich zukommen und meinen Standpunkt hören wollen.

99Z: Mal in die andere Richtung gefragt: Wie ist Ihr Verhältnis nach „unten“, also zu den Bürgern und Bürgerinnen und zu der grünen Parteibasis?

Ursula Sowa: (lacht) Ich fühle mich eigentlich selber als Basis, obwohl ich da unter der „Glaskuppel“ in Berlin sitze. Die meisten Leute sehen mich hingegen als Stellvertreterin für alles, was



Ursula Sowa auch im Wahlkreis aktiv: Hier beim Treibhausgespräch mit VertreterInnen der Bamberger Gärtnerschaft

aber sehr wichtig und gehört auch zu meiner Arbeit. Und Kritik ist natürlich auch anregend und bringt einen weiter. Manchmal würde ich mir aber auch mehr Vertrauen in meine Arbeit wünschen. Der Erwartungsdruck kann bisweilen schon sehr belastend sein.

99Z: Welchen Erwartungs-

druck meinen Sie?

Ursula Sowa: Zum Beispiel ganz einfach die Tatsache, dass ich nicht überall gleichzeitig sein kann. Immerhin bin ich für die Bezirke Ober-, Mittelfranken und Oberpfalz zuständig, weil es von dort keinen eigenen Grünen-MdB gibt. Das ist ein großes Gebiet, mit allein 100 grünen Kreis- und Ortsverbän-

CSU hat es hier schon erheblich einfacher, weil er durch sein Direktmandat nur den Wahlkreis Bamberg/Forchheim betreuen muss.

99Z: Haben Sie es in den letzten zwei Jahren schon mal bereut, in den Bundestag gewählt worden zu sein?

Ursula Sowa: (nachdenklich) Hab ich es bereut? Ein paar mal

mals war aus meiner Sicht richtig, aber sie fiel mir sehr schwer. Ach, und noch etwas, wo ich aus ganz anderen Gründen meine Hand nur mit Mühe heben konnte: Als es um die Zustimmung für die Steinkohlesubventionen in NRW ging – und ganz klar war, dass es politisch unsinnig ist und nur darum ging, die SPD zu stärken. Das war echter Koalitionszwang.

99Z: Wie gestaltet sich denn überhaupt die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner?

Ursula Sowa: Naja, schon ein bisschen schwerfällig, das muss man sagen. Allein schon deshalb schwieriger, weil die SPD eben eine große Volkspartei ist, mit durchaus heterogenen Interessen und auch Interessenverbänden im Hintergrund. Ich merke das z.B. in der Kultur-Enquete-Kommission, wenn etwa bei einem Positionspapier ein SPD-Kollege meint, man müsse die Interessen des Handwerks noch verankern. Da ist dann viel Geduld und Diplomatie gefragt. Aber ich denke, das ist eine meiner Stärken in der Politik.

99Z: Ihr wichtigster Schwerpunkt ist die Kultur. Wie geht's da voran?

Ursula Sowa: Es war schon ein großer persönlicher Erfolg, dass die Enquete-Kommission „Zukunft der Kultur in Deutschland“ eingerichtet und ich von meiner Fraktion als Sprecherin benannt wurde. Die Arbeit in der Kommission geht tatsächlich noch recht unbeachtet von der Öffentlichkeit vorstatten, dafür aber umso effektiver. Um vielleicht ein paar Beispiele zu nennen: Wir streben einen Nationalen Aktionsplan für Kultur in Deutschland an, der klare Zielsetzungen für die weitere Entwicklung setzt. In Schottland hat man sich z.B. vorgenommen, in den nächsten Jahren 5% mehr Menschen aus bildungsfernen Schichten mit öffentlichen Kultureinrichtungen zu erreichen. Etwas Ähnliches schwebt mir für Deutschland auch vor. Eine andere Idee, die mir sehr gefällt, ist eine Interrail-Karte (ich nenne sie mal „culture plus“), die Jugendlichen europaweit freien

Zugang zu allen Kultureinrichtungen ermöglicht.

Einer meiner persönlichen Schwerpunkte sind die 30 Weltkulturerbestätten, die es in Deutschland gibt – hier spielt Bamberg für mich natürlich eine große Rolle. Mein Ziel ist ein größeres und vor allem systematischeres finanzielles Engagement des Bundes, ein eigener Haushaltstitel also. Außerdem leite ich eine von drei Arbeitsgruppen der Kommission, die sich mit der sozialen Lage der KünstlerInnen beschäftigt.

99Z: Was war denn die schlimmste Entscheidung, die Sie als Abgeordnete der Regierungskoalition mittragen mussten?

Ursula Sowa: Das war ganz klar der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Die Entscheidung fiel ganz am Anfang, kurz nachdem ich nach Berlin gekommen war. Und schon musste ich über einen Bundeswehreininsatz entscheiden und war für das Leben der deutschen Soldaten verantwortlich. Draußen hat man zu solchen Fragen eine politische Meinung, aber drinnen, im Bundestag, muss man das mitverantworten. Die Entscheidung da-

– dann wenn die Bahn versagt hat, wenn ich mutterseelenallein am Bahnhof stand, müde, durstig und hungrig, und irgendwo hat man mit einem Termin oder einer Veranstaltung auf mich gewartet. Da war ich schon mal am Verzweifeln und habe mir gedacht: Was tu ich hier eigentlich? Aber irgendwie bekommt man sogar darin eine gewisse Routine.

99Z: Gab es auch schockierende Erlebnisse in den zwei Jahren Bundestagspolitik für Sie?

Ursula Sowa: Ja, der Bundestag hatte die Immunität von Möllemann aufgehoben, wegen der Ermittlungen zu den von ihm beschafften Parteispendingeldern – also auch ich habe mitgestimmt –, und nur eine Stunde später ereilte uns die Nachricht von seinem Tod.

„Bei Verhandlungen in der Koalition ist schon viel Geduld und Diplomatie gefragt.“

99Z: Was war denn die schlimmste Entscheidung, die Sie als Abgeordnete der Regierungskoalition mittragen mussten?

Ursula Sowa: Das war ganz klar der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Die Entscheidung fiel ganz am Anfang, kurz nachdem ich nach Berlin gekommen war. Und schon musste ich über einen Bundeswehreininsatz entscheiden und war für das Leben der deutschen Soldaten verantwortlich. Draußen hat man zu solchen Fragen eine politische Meinung, aber drinnen, im Bundestag, muss man das mitverantworten. Die Entscheidung da-

>>>> DURCHBLICK NACH BERLIN >>>>

Weiterbildung im Strafvollzug

Wie ich bei meinen zahlreichen Gefängnisbesuchen in Bayern und Berlin erfahren habe, ist eines der zentralen Probleme im Strafvollzug das geringe Bildungsniveau der meisten Strafgefangenen. Es hat direkte Konsequenzen für die Beschäftigungschancen der entlassenen Gefangenen. Sie haben unter dem Stigma der Gefängnisstrafe zu leiden. Je geringer qualifiziert sie sind, desto schwieriger ist es allerdings zusätzlich für sie, im ohnehin problematischen Arbeitsmarkt für nicht oder kaum qualifizierte Arbeitskräfte Fuß zu fassen. Damit ist die Gefahr von kriminellen „Rückfällen“ deutlich erhöht.

Im Umkehrschluss heißt das: Eine der wichtigsten Maßnahmen, um die Wiedereingliederung von Strafgefangenen und ein künftiges straffreies Leben „draußen“ zu erleichtern, ist die Qualifizierung der Strafgefangenen während der

Haft. Die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachzuholen oder gar erst Rechnen, Schreiben und Lesen zu lernen ist ebenso wichtig wie die Möglichkeit, eine Berufsausbildung abzuschließen oder sich in Kursen beruflich weiterzubilden. Eines meiner politischen Ziele ist es, mich für die Qualifizierungschancen von Strafgefangenen und damit für einen wichtigen Bestandteil der Resozialisierungsarbeit im Strafvollzug einzusetzen.

Im Zuge der – nicht zuletzt auf politischen Druck hin erfolgten – Umstrukturierung der „Bundesagentur für Arbeit“ wurde seit dem letzten Jahr bei der Weiterbildungsförderung massiv gekürzt. Betroffen sind davon alle Arbeitslosen: Anspruch auf einen „Bildungsgutschein“ hat nur noch derjenige, bei dem eine „realistische Chance“ auf Beendigung der Arbeitslosigkeit durch die Weiterbildung be-

steht. Durch eine interne Vorgabe des Vorstands der Bundesagentur für das Jahr 2004 wurde bestimmt, dass nur noch Maßnahmen gefördert werden, bei denen nach einem halben Jahr 70 Prozent der AbsolventInnen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Wie man sich unschwer vorstellen kann, ist dieses Kriterium für Strafgefangene praktisch nicht zu erfüllen.

Um besser beurteilen zu können, welche Auswirkungen die geänderte Förderpraxis der Bundesagentur im Strafvollzug konkret hat, habe ich mich von den Landesjustizbehörden in Bayern und Berlin informieren lassen. Anstalten, in denen längere Haftstrafen vollzogen werden berichten von erheblichen Einbrüchen vor allem bei den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und von Problemen für „Langstrafer“, da diese nur mehr gegen Ende ihrer Haftzeit für Qualifizierungsmaßnahmen in Frage kämen.

Ich habe mich in Schreiben mehrmals an Florian Gester und seinen Nachfolger,

Frank-Jürgen Weise, gewandt und auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Während bei Florian Gester überhaupt kein Entgegenkommen festzustellen war, zeigt Herr Weise immerhin Gesprächsbereitschaft: Ich werde mich im Februar nächsten Jahres mit ihm und seinem Fachreferenten in Berlin treffen und die Weiterbildungschancen von Strafgefangenen nochmals zum Thema machen.



Ursula Sowa (MdB)

Mehr Infos über die politischen Aktivitäten von Ursula Sowa: www.ursula-sowa.de Dort zu bestellen: der zweimonatliche Info-Brief: SOWA-TICKER.

Fahrradparkhaus, autofreie Siedlung und Monatskarte für 2850 km Busnetz plus Car-Sharing

Ein Streifzug durch die verkehrspolitische Landschaft – in Bamberg und anderswo ...



Fahrradparkhaus direkt am Hauptbahnhof Münster – mit 3500 Stellplätzen das größte in Deutschland (Foto: Presseamt Stadt Münster, Quelle: www.muenster.org/bund/seiten/u11radha.htm)

Die Verkehrspolitik war lange Zeit das Thema Nr. 1 im Bamberger Rathaus. Aber die Zeiten der hochemotionalen Debatten über die Vor- und Nachteile der diversen Gutachten ist vorbei. Merkwürdig ruhig ist es geworden. Doch die Ruhe verheißt nichts Gutes. Genutzt wird sie jedenfalls nicht, nicht einmal zu einer Politik der „kleinen Schritte“, die möglich und vielleicht sogar vorwärtsweisend wäre. Statt dessen: Stillstand und, im wahrsten Sinne des Wortes, Rückschritt – hin zu einer Politik, die nach wie vor und immer wieder nur auf eines starrt: den Bau neuer Straßen. Das gegen jegliche logische Argumentation resistente Politikum „Kronacher Straße“ ist dafür nur ein Beispiel. Wer wissen will, was in der kommunalen Verkehrspolitik tatsächlich möglich wäre, muss schon einen Blick über die Stadtgrenzen hinaus wagen.

ÖPNV

20 Jahre ist es jetzt her, dass die Freiburger Verkehrsbetriebe eine preiswerte „Umweltschutz-Monatskarte“ einführen. Und genauso alt ist auch die Bamberger Diskussion über die Preise für Bus-Tickets und die Förderung des ÖPNV insgesamt. In Bamberg gibt es seit etlichen Jahren eine Umweltkarte „light“, die Einkaufskarte fürs Stadtgebiet. Ansonsten: Fehlzeige.

Freiburg ist wieder einmal viel, viel weiter: Inzwischen hat man die RegioCard entwickelt. Sie gilt für den Verkehrsverbund der Stadt Freiburg und zweier

angrenzender Landkreise und wurde zum 1. Oktober 2004 um eine weitere Funktion erweitert. Als RegioMobilCard ermöglicht sie nicht nur die Nutzung eines Streckennetzes von 2850 km im öffentlichen Nahverkehr, sondern umfasst auch die Mitgliedschaft im Car-Sharing sowie Rabatte von bis zu 20 Prozent bei 33 Taxiunternehmen, Fahrrad-, Auto- und Caravanvermietungen. Für schlappe 44 Euro im Monat gibt es also ein Rundum-Angebot für die Mobilität ohne eigenes Auto, kostengünstig, bequem, flexibel ...

City-Logistik

Geschäfte müssen mit Waren beliefert werden, Unternehmen brauchen die für ihre Produktion notwendigen Teile. Dieser sogenannte Wirtschaftsverkehr wird großteils mit dem LKW abgewickelt und kann nur sehr



Logo Citylogistik Münster (Quelle: www.muenster.de/stadt/example/IV1.html)

bedingt auf andere, umweltverträglichere Verkehrsmittel verlagert werden. Um die Belastungen (Lärm und Abgase vor allem), die gerade von dieser Verkehrsart ausgehen, so weit wie möglich zu verringern, sollten die Fahrten zu den einzelnen Adressaten möglichst gebündelt werden. In der Fachdiskussion heißt dies „City-Logistik“ – und ein entsprechendes Konzept für Bamberg forderte die GAL schon im Herbst 1996. Aber mehr als schüchtern Überlegungen gab und gibt es dazu in der Stadtverwaltung und beim Stadtmarketing e.V. nicht.

In Münster werden sowohl die Lie-

ferungen an Einzelhändler gebündelt als auch deren Sendungen an die Endverbraucher. Das sieht das City-Logistik-Konzept vor, das die Stadt in Zusammenarbeit mit der dortigen IHK und zwei in Münster ansässigen Unternehmen aufgebaut hat. Außerdem gibt es einen Service, der die Entsorgung von Verpackungsmaterial (u.ä.) bündelt und ähnliche Logistikbausteine für die Zielgruppe der Dienstleistungsunternehmen und Behörden bereitstellt.

Autofreies Wohnen

Vor rund 10 Jahren nahm der Bamberger Stadtrat einen GAL-Antrag an, in dem die Realisierung einer autofreien Siedlung gefordert wurde. Autofrei heißt dabei: Die BewohnerInnen verzichten auf ein eigenes Auto, es gibt lediglich Besucher-Parkplätze und Stellplätze für Car-Sharing-Autos. Geplant war ein solches innovatives Wohnprojekt ursprünglich für den Gaustadter Ochsenanger – bis die Stadtbau GmbH die Federführung über das Projekt bekam. Realisiert wurde dort dann ein verkehrsberuhigtes Wohngebiet mit den üblichen Stellplätzen am Rand – nichts Neues also. Obwohl es in Bamberg mehrere Initiativen gegeben hat, die ein sol-



Autofreies Wohnen in der Messestadt-Riem – das Projekt der Wohnungsbaugenossenschaft WoGeno (Quelle: Tagungsdokumentation „Das nachhaltige Stadtviertel“, Petra-Kelly-Stiftung, München 2004, auch unter www.petra-kelly-stiftung.de)

ches Vorhaben in eigener Regie umsetzen wollten, ist es bei diesem Stand bis heute geblieben. Das Baureferat erwies sich dabei als – sagen wir – wenig hilfreich. In anderen Städten ist man da – auch was die sicher schwierige Rechtslage angeht – einfallreicher: Im neuen Freiburger Stadtteil Vauban wurde autofreies Wohnen ebenso umgesetzt wie auch in der Münchner Messstadt-Riem. Es geht also auch in Bayern – vorausgesetzt man (= die Stadtverwaltung und der Stadtrat) will ...

Car-Sharing

In Bamberg gibt es zwar seit Jahren mit Ökobil e.V. einen rührigen und zunehmend professionell arbeitenden Car-Sharing-Verein mit mittlerweile sechs Autos in Bamberg und Bischberg. Doch dieser hat sich bislang vergeblich um eine Zusammenarbeit mit der Stadt bemüht. Auch ein Stellplatz auf öffentlichem Grund wurde ihm bislang – mit fadenscheinigen Argumenten – verwehrt.

Anderswo ist das kein Problem. In Göttingen etwa haben die dort ansässigen Car-Sharing-Organisationen ganz selbstverständlich prominente Stellplätze im öffentlichen Raum wie z.B. direkt am Hauptbahnhof. Auch die Zusammenarbeit zwischen Car-Sharing-Organisati-

onen und Stadtverwaltungen (entweder nutzt die Verwaltung Car-Sharing-Autos oder umgekehrt der Verein nutzt – meist



Standortkarte für Car-Sharing in Göttingen (Quelle: www.stadt-teil-auto-goettingen.de/stellplaetze/Bahnhof.htm)

am Abend oder am Wochenende – dann nicht gebrauchte PKWs der Stadtverwaltung für seine Mitglieder) ist vielerorts seit langem guter Brauch. In Bayern z.B. in Garching bei München. Auch in Leipzig, Ludwigshafen, Lüneburg oder Bremen geht das, was in Bamberg unmöglich erscheint, ohne Schwierigkeiten.

Radverkehr

Einige Zeit lang sah es – nicht zuletzt dank engagierter MitarbeiterInnen in der Abteilung Verkehrsplanung des Stadtplanungsamtes – so aus, als ob der Radverkehr in Bamberg aus dem Dornröschenschlaf früherer Jahre wachgeküsst worden sei: Eine Radverkehrsplanung, die sich sehen lassen konnte, die Einrichtung von Fahrradstraßen, die Öffnung von Einbahnstraßen für RadlerInnen in Gegenrichtung – all das stand auf der Positivliste. Inzwischen ist es auch in diesem Bereich ziemlich ruhig geworden – mehr als ein neuer Rotanstrich für Radwege im Kreuzungsbereich ist schon aufgrund der miesen Haushalts-

lage kaum mehr drin. Auch die wichtigen Fahrradstraßen stehen wieder zur Disposition – so z.B. in Bamberg Mitte.

Wer wollte vor diesem Hintergrund z.B. von einem Fahrradparkhaus am Bahnhof träumen, um die chaotischen Verhältnisse für RadlerInnen dort endlich in den Griff zu bekommen? In Göttingen oder Münster (siehe Fotos) sind solche Träume längst Realität geworden. Die fahrbaren Untersätze sind vor Diebstahl sicher und vor Wind und Wetter geschützt. Und sogar eine Fahrradwaschanlage gibt es dort. Wie gesagt: in Bam-

berg sind das noch Träume ... Wenn wir schon bei Träumen sind: Mit dem Rad fahren und bei Bedarf auch den Bus nutzen können, das wäre doch was – gerade in einer Stadt mit sieben Hügeln, die für manche hochzuradeln doch allzu beschwerlich ist. In Schweinfurt (ist doch nicht einmal allzu weit entfernt, oder?) ist das jetzt schon möglich. Für 1,20 Euro (= Preis eines normalen Einzelfahrscheins). Oder für die Inhaber von bestimmten Zeitfahrerausweisen sogar völlig unentgeltlich.



Die RegioMobilCard aus Freiburg (Quelle: www.regiomobilcard.de)

Interessante Links:
www.nachhaltiger-verkehr.de/
www.transportbenchmarks.org/de/
www.rural-transport.net/
www.mobilitaetsmanagement.nrw.de/
www.ils.nrw.de/netz/leda/new_mobility.htm
http://mo.st/index_msie.html
www.difu.de/stadtoekologie/praxis/mobilitaet/

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76
Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

Jugendkultur unter Brückentrümmern



Der Phantasie sind Grenzen gesetzt: Im Januar fällt die Luitpoldbrücke und die kunstvollen Jugend-Graffitis gehen mit drauf. Photo: Stadtjugendring

Überraschend jugendfreundlich zeigte sich die Stadt und unterstützte großzügig eine Aktion des Stadtjugendrings. Im Rahmen des Projekts „Poliwerk“ wollten Jugendliche Brückentrümmern am Ufer des Rhein-Main-Donau-Kanals mit ein paar ab-

gespaceten Graffitis aufpeppen. Bei Poliwerk setzen sich Jugendliche ehrenamtlich für ihre Stadt ein und werden dabei von KommunalpolitikerInnen finanziell unterstützt.

Pate der Brücken-Gruppe war Udo Schoberth von der FDP, der für die Spray-Farben und die Verpflegung der Jugendlichen am Aktionstag sorgte. Die weiße Untergrundfarbe stellte das Baureferat sogar selbst zur Verfügung.

Ein supercooler Baureferent, mag man sich da denken. Doch halt – welche Brücke war's noch mal, die den jungen SprayerInnen zur Verfügung gestellt wurde? Die Luitpoldbrücke – Ab-

riss in einem halben Jahr.

Zwar ist ein Haltbarkeitsdatum von sechs Monaten für jedeN Graffiti-KünstlerIn schon eine halbe Ewigkeit – und die PoliworkerInnen ließen sich deshalb ihre Pläne auch von der Abrissnachricht (erst einen Tag vor der Aktion) nicht vermasseln.

Aber dennoch: Kann man als Stadtverwaltung der Aktion Poliwerk größeren Hohn antun? Raum für Jugendkultur ja, aber bitte nur, wenn das ganze möglichst bald, einfach und restlos wieder verschwindet?

Noch sind die Graffitis zu bewundern. „Ausstellungsende“ Januar 2005.

Nachrichten aus der Grünen Jugend

GANZ NACH „OBEN“ hat es inzwischen Sebastian Brux geschafft. Vor kurzem wurde er beim Bundeskongress der bündnisgrünen Jugendorganisation als Beisitzer in den achtköpfigen Bundesvorstand gewählt. Seine Schwerpunkte sind Sozialpolitik, das grüne Konzept zur BürgerInnenversicherung, die Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform, die Abschaffung der Wehrpflicht, Gleichstellungspolitik und ein verbesserter Klimaschutz in einem Kyoto II-Prozess.

Sebastian Brux wurde 1983 geboren und ist seit 2000 Mitglied der Grünen Jugend und der Partei

Bündnis 90/Die Grünen. Vor zwei Jahren wurde er zum Ortssprecher von Engenthal im Marktgemeinderat von Elfershausen gewählt. Seinen zweiten Lebensmittelpunkt hat er nach Bamberg verlegt, wo er seit Oktober 2003 Soziale Arbeit an der Universität studiert.

Seine Homepage: www.sebastian-brux.de.vu.



Sebastian Brux

GALiges Vorsicht Wildpinkler

Männer müssen künftig ein bisschen mehr die Beine zusammenzwicken, wenn sie in der Innenstadt ein lästiger Drang überfällt. Einfach in die nächste Gasse stellen und die erstbeste Hausmauer anpinkeln, ist nicht mehr. Es sei denn, man(n) leistet sich's. Denn neuerdings ist die Polizei angehalten, das – fachterminologisch korrekt benannte – „wilde Urinieren“ auf der Stelle und vor Ort zu ahnden, sozusagen auf noch „frischer“ Tat. Die unappetitlichen Verrichtungen des starken Geschlechts sorgen nämlich in mit Gaststät-

ten und Imbissen übermäßig ausgestatteten Straßen wie der Langen Straße oder der Sandstraße immer wieder für Ärger und nicht gerade für eine Aufwertung als Bummelmeile.

Das verbotswidrige Wasserlassen in der Öffentlichkeit kostet übrigens 25 Euro, wenn einen die Polizei erwischt. Aber halt nur dann – denn die Polizei kann ja auch nicht überall sein. Man könnte freilich darüber nachdenken, künftig die Aufgaben des PÜD zu erweitern: zum PUPÜD – Park- und Pinkel-Überwachungsdienst ...



Alles lecker -
alles bio -
alles frisch!

Naturkost aus dem
Fachgeschäft
der Innenstadt.

BioKost
aus Natur!
Endres

Schützenstraße 1A · 96047 Bamberg
tel. 09 51 / 20 18 13 · fax 20 19 12
e-mail: biokost@bioendres.de

Bio isst
einfach besser!

Leckere, biologische,
frische Lebensmittel
aus dem Fachmarkt.

BioMarkt
aus Natur!
Endres

Moosstraße 97 · 96050 Bamberg
tel. 09 51 / 917 60 68 · fax 917 60 69
e-mail: markt@bioendres.de

Wir bringen's
für Sie!

Biokost aus dem
Fachmarkt direkt
zu Ihnen nach Hause.

Bio aufTour
Liefer-Servic e. A. B. e.
Endres

Moosstraße 97 · 96050 Bamberg
tel. 09 51 / 917 60 70 · fax 917 60 69
e-mail: tour@bioendres.de



RATHAUSMA 99Z IN

Bürokratisch zum Stolpern gebracht

Das Projekt „Stolpersteine“ des Künstlers Gunter Demnig hat in ganz Deutschland Furore gemacht und soll nun auch in Bamberg verwirklicht werden. Die „Stolpersteine“ sind gravierte Pflastersteine, die in Gehwegen vor Häusern installiert werden, um an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, die dort wohnten. Finanziert werden die Steine meist von Bürgern und Bürgerinnen, die oft heute in den jeweiligen Häusern wohnen.

Die Willy-Aron-Gesellschaft (benannt nach dem jüdischen Jungsozialisten Willy Aron, der 1933 im KZ ermordet wurde) brachte die Stolpersteine für Bamberg auf den Weg – und geriet ganz schön ins Straucheln. Denn im Rathaus begegnete man dem ideellen Erinnerungsprojekt erst mal mit juristischen Reglements und bürokratischen Anforderungen. Erst auf Nachhaken von GAL und SPD war der OB bereit, sich etwas kulanter zu zeigen und genehmigte dann zügig die Installation der ersten Stolpersteine

durch den Künstler im Dezember.

Doch ganz ohne Bürokratie geht nix: Die Hauseigentümer, vor deren Haus ein Stolperstein platziert werden soll, müssen schriftlich ihr Einverständnis erklären. Es muss eine Sondernutzungserlaubnis beantragt werden – natürlich mit der entsprechenden Gebühr. Und für mögliche Beschädigungen verlangt die Stadt eine Kautions von 30 Euro.

Bleibt zu hoffen, dass die Resonanz in der Öffentlichkeit so groß sein wird, dass man künftig auch im Rathaus etwas mehr Herz für die Stolpersteine zeigt.

99Z als Lauer'sches Sprachrohr?

Empörte Beschwerden kamen aus dem Rathaus als Reaktion auf einen Artikel in der 99Z Nr. 62 über die Bamberger Praxis der Städtepartnerschaften: Die Vorwürfe der 99Z, es handle sich um inhaltslose Besuchsreisen, bei denen sich vornehmlich Stadtratsdelegationen kostenlose Kulturreisen in die Partnerstädte gönnen, seien so nicht haltbar.

Man verwies auf neue Entwicklungen und Pläne, die tatsächlich einige Kritikpunkte aus der 99Z aufnehmen und Verbesserungen versprechen.

Da die 99Z-Redaktion für Kritik jeglicher Art offen ist, boten wir an, eine zuständige Person aus der Stadtverwaltung könne in Form eines Gast-Kommentars in der Nummer 63 ihre Gegenargumente darstellen. Doch umgehend zog Oberbürgermeister Lauer die Notbremse: offizielle städtische Äußerungen in der 99Z – undenkbar!

Im Rathaus durfte zwar ein Text verfasst werden, der sollte aber nach Wunsch des Oberbürgermeisters so erscheinen, als stamme er von der 99Z-Redaktion selbst. Es sollte wohl den Eindruck erwecken, die 99Z schwenke nun geläutert auf Lobpreisungen städtischer Partnerschaftspolitik ein.

Vielleicht meint OB Lauer ja wirklich, es sei zumindest einen Versuch wert, die 99Z in ihrer 63. Ausgabe endlich doch noch zu einem Verlautbarungsorgan der Stadtverwaltung umzufunktionieren.

Sorry – Versuch fehlgeschlagen!

Politisch flexibel

Dass Hartz IV ein ziemlich umstrittenes Thema war und ist, weiß jeder. Nicht mehr so ganz erinnern können sich die meisten wohl daran, dass zu Beginn der Hartz-Diskussionen auch die Kommunen kräftig mitgemischt haben. Sie befürchteten nämlich, dass sie auf einem wesentlichen Teil der Kosten sitzen bleiben, wenn Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden.

Von der Opposition wurden diese Sorgen natürlich massiv ausgenutzt, obwohl sie die Hartz-Reformen nicht nur mit erarbeitet, sondern auch mitgetragen hat. Schließlich sagte Bundesfinanzminister Eichel zu, dass per „Revisionsklausel“ genau abgerechnet würde, welche Zusatzkosten die Kommunen haben und diese dann ersetzt würden.

OB Lauer wettete jedoch weiterhin, glaubte diese Zusatzkosten nicht (oder gab es jedenfalls vor) und jammerte fortwährend über leere Kassen. Bis zu 11 Millionen Euro würden durch Hartz IV im Haushalt fehlen, ließ er verkünden, und schuld

sei natürlich die kommunalfeindliche Politik von Rot-Grün (die mitverantwortliche Union ließ er dabei galant aus dem Spiel ...).

Ein paar Monate später, als dieses Thema nicht mehr in den Schlagzeilen war, schien Oberbürgermeister Lauer aber plötzlich von der Integrität, Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der rot-grünen Bundesregierung überzeugt zu sein. Denn jetzt ging es um die Aufstellung des städtischen Haushalts, und der musste ausgeglichen sein. Wenn man aber von Ausgaben in Millionenhöhe für Hartz IV ausgeht, kann man das Geld nicht mehr für was anderes verplanen.

Also zeigte sich der Oberbürgermeister eben politisch flexibel, machte einfach eine 180-Grad-Wende, berief sich von nun an auf den Glauben an die Eichelsche Zusage der Revisionsklausel, und ging nun davon aus, dass Hartz IV keine Kosten für die Stadt Bamberg verursacht.

Man könnte das pragmatische Etataufstellung nennen – oder auch Politik mit parteipolitischen Kalkül.

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenaufzug
96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

Mit den Familien geht der Wohlstand

Eine Studie zum demographischen Wandel zeigt: Bamberg ist wirtschaftlich gut positioniert, aber die Familien ziehen weg – Hier sind dringend politische Konzepte gefragt

Heiligabend 2020: In Deutschland feiern die Menschen alleine in ihren Single-Wohnungen Weihnachten, viele erreichen bald das Rentenalter. Sehr leise rieselt der Schnee in die Vorgärten und Hinterhöfe. Schneemänner stehen schon lange nicht mehr darin. Es fehlen die Kinder, die sie bauen könnten.

Ein düsteres Bild, das vielen Landstrichen droht – auch Bamberg ist davon nicht ausgenommen. Zumindest, wenn man den Prognosen des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung glaubt und seiner Studie über die demografische Zukunft Deutschlands im Jahr 2020. Die Forscher untersuchten 440 deutsche Landkreise und kreisfreie Städte und kamen zu alarmierenden Ergebnissen: Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft und altert. Der so genannte „demografische Wandel“ hat längst begonnen.

Die statistische Zahl von 2,1 Kindern pro Frau wäre nötig, um den Bestand einer Bevölkerung stabil zu halten. Heute liegt dieser Wert etwa bei 1,4. In den letzten drei Jahrzehnten ist damit jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern.

Szenario einer Abwärtsspirale

Für Kommunen beginnen die Herausforderungen des Wandels erst: Weniger Kinder bedeuten einen Rückgang an wirtschaftlicher Aktivität. Kinder sind auch Konsumenten und brauchen ihre eigene Infrastruktur – angefangen beim Schulbusfahrer über den Schwimmlehrer bis hin zum Eisverkäufer. Wo es keine Arbeitsplätze gibt, wo die Innenstädte zerfallen, Kneipen und Geschäfte leer stehen und Freibäder und Theater schließen, da ziehen junge Familien nicht hin. Wo aber qualifiziertes Personal und Fachkräfte fehlen und der Bildungsgrad sinkt, da investieren auch größere Industrieunternehmen nur ungern. Alles zusammen bedeutet das weniger Steuereinnahmen für die betroffenen Kommunen. Wenn aber weniger ins kommunale Geldsäckel hineinkommt, dann kann auch nur weniger herauskommen: Es wird weiter gespart, Büchereien und Jugendzentren werden dicht gemacht, Straßen und Brücken nicht repariert. Die Chance sinkt, neue Bürger und Zuwanderer anzulocken. Das Szenario einer Abwärtsspirale droht.

Die Berliner Forscher gaben Schulnoten von 1 bis 6 auf 22 verschiedene Merkmale der Städte. Auffallend ist für Bamberg, dass die Kinderzahl und der Anteil der unter 20-Jährigen in Bamberg sehr schlecht mit 6 und 5 bewertet wurden.

Obwohl der Frauenanteil sehr hoch ist und mit 1 benotet wurde. Zum Vergleich: Der Landkreis Bamberg bekommt für die Kinderzahl pro Frau die Note 4 und für den Anteil der unter 20-Jährigen die Note 3. Für Familien mit Kindern scheint das Leben auf dem Land also deutlich attraktiver zu sein als in Bamberg selbst.

Schlechte Noten für Bamberg ...

Auch in puncto Familienfreundlichkeit bekommt Bamberg ein mangelhaftes Zeugnis ausgestellt: Viele Single-Haushalte (Note 6) und zu wenig Kindergärten (Note 4) sind ein weiteres Indiz dafür, dass Bamberg derzeit für Familien nicht attraktiver ist. Auch weil die Zahl der über 75-Jährigen sehr hoch ist (Note 6) liegt die Vermutung nahe, dass Bambergs Bevölkerung in Zukunft schrumpfen wird.

Dem gegenüber ist bemerkenswert, dass die Berliner Studie die Zu- und Abwanderung nach Bamberg mit „gut“ bewertet: denn es ziehen etwas mehr Menschen nach Bamberg zu als weg. Da Bamberg mit seiner Universität und einigen Unternehmen der IT-Branche auch einen hohen Anteil Hochqualifizierter (Note 2) vorzuweisen hat, bleibt der Eindruck: Bamberg ist Zwischenstation junger Menschen, die für Ausbildung und Studium hierher kommen. Sobald sie eine Familie gründen und Kinder haben, verlassen sie Bamberg wieder. Allenfalls als Lebensendstation wird die Bistumsstadt mit einem dichten Netz an Alters- und Pflegeeinrichtungen wieder attraktiv. Für die Zukunftsfähigkeit keine günstigen Voraussetzungen!

... aber auch gute Bewertungen

Obwohl es auch klare Lichtblicke gibt: Die allgemeinen Wirt-

schaftsdaten Bambergs wie Kaufkraft (Note 2) und das Bruttoinlandsprodukt (Note 1) belegen wirtschaftliche Prosperität. Das Mittelfeld erreicht Bamberg immerhin mit seiner Gestaltungsquote: Sie beschreibt das Verhältnis von Schulden und Einnahmen einer Kommune und damit den Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte. Hier liegt Bamberg im bayerischen Durchschnitt und bekam die Note 3.

So unerfreulich wie überall in Bayern sieht es mit der Integration von AusländerInnen aus: Die Forscher des Berlin-Instituts sehen eine gelungene Integration von AusländerInnen – gemessen an den Bildungschancen und der Arbeitslosigkeit von AusländerInnen – als ein wichtiges Kriterium für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune: Denn AusländerInnen füllen, so die Studie, auch in Zukunft einen Teil der demografischen Lücke. In Bamberg wie in ganz Bayern wird dieses Potenzial zu wenig genutzt: Niedrige Bildungsabschlüsse (Bamberg Note 6) und eine hohe Arbeitslosigkeit (Bamberg Note 4) unter AusländerInnen sind Indizien für eine unzureichende Integrationspolitik der deutschen Mehrheitsgesellschaft.

Botschaft: Familienpolitik ist Standortpolitik

Bamberg liegt mit einer Gesamtnote von 3,68 unter dem Durchschnitt der bayerischen Städte mit 3,39. Im bayern- und bundesweiten Vergleich rangiert die Zukunftsfähigkeit der Oberfrankenmetropole damit im hinteren Mittelfeld.

Was aber sagt uns das? Man kann den Aussagegehalt einer solchen Studie in Zweifel ziehen – in die Zukunft sehen kann letztendlich niemand. Allerdings lässt das empirische Datenmaterial zu, Trends aufzuspüren.

Und der Trend geht hin zu einem verstärkten Wettbewerb zwischen den Regionen: Ein Wettstreit um junge Familien, um Hochqualifizierte, um Zuwanderer mit und ohne deutschen Pass. Familienpolitik ist Standortpolitik!

Den ungünstigen Bedingungen für Familien in Bamberg stehen positive wirtschaftliche Eckdaten gegenüber. Das heißt: Aufgabe der Politik und ebenso der Unternehmen und gesellschaftlichen Akteure muss es sein, Bamberg familienfreundlicher zu machen. Instrumente dafür sind viele denkbar: Ausbau der Kinderbetreuung, günstigen Wohnraum für Familien schaffen (was nicht immer das Einfamilienhaus mit Garten und Zaun drumrum sein muss), Arbeitsbedingungen so gestalten, dass Erwerbstätigkeit und Familie keine Entweder-Oder-Entscheidung sind, eine Verkehrspolitik, die Kindern gute Luft und Raum zum Spielen lässt – dies sind nur einige Aspekte.

Aber auch ältere Menschen dürfen nicht als Last gesehen werden! Sie leisten bereits heute ein hohes unentgeltliches Engagement in Vereinen und bei der Betreuung von Enkelkindern und Angehörigen. Auch dies gilt es gesellschaftlich positiv zu nutzen und anzuerkennen.

Antrag der GAL-Fraktion

Die GAL-Fraktion hat inzwischen eine ausführliche Diskussion des demographischen Wandels im Stadtrat beantragt und positive Signale aus dem Rathaus erhalten. Die Stadt versucht, in das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau“ aufgenommen zu werden und will damit die Probleme konkret angehen.

(Die Studie „Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation“ gibt es kostenfrei zum Herunterladen auf www.berlin-institut.org)

neigezard

Wirtschaftsbeirat – Lost in space

Preisfrage: Wer kann mindestens einen Erfolg des Bamberger Wirtschaftsbeirats benennen? Ach so, ja, gemeint ist der Wirtschaftsbeirat, der im Juli 2001 auf Betreiben von CSU und der damals noch existenten ÜBG eingerichtet und mit fünf Personen aus dem Bamberger Wirtschaftsleben besetzt wurde. Sie erinnern sich?

Kleine Hilfe bei der Ergebnissuche: Ziel des Wirtschaftsbeirats sollte sein, sich der Probleme der heimischen Wirtschaft anzunehmen, bei Neuansiedlung und Abwanderung von Betrieben zu beraten, Projekte voranzutreiben usw. Na? Immer noch nichts eingefallen?

Kein Wunder – da ist einfach nichts zu finden!

Was wurden nicht für Erwartungen in dieses neue Gremium gesetzt! Es sollte „Bindeglied zwischen Stadtrat und Wirtschaft sein“ und „Impulse schaffen“ (aus dem CSU-Antrag 2001), einen „Meilenstein“ darstellen (O-Ton Stadtrat Trunk, CSU), „neues Denken“ anregen (O-Ton Stadtrat Weinsheimer, damals ÜBG). Großspurig ging der Wirtschaftsbeiratsvorsitzende Bernd Uckrow höchstpersönlich von einer „Signalwirkung“ aus und kündigte ein „Zukunftsprogramm“ und „arbeitsintensives Engagement“ seines fünfköpfigen Teams an.

Nach zwei Jahren mühevoll erarbeiteter Ergebnislosigkeit und strengster Geheimhaltung der (Nicht-)Aktivitäten des Beirats löste sich die „renommierte“ Besetzung jedoch zielicher in Nichts auf. Der Einzelhandelsverbandsvorsitzende Dümig gab sein Geschäft und seine Verbandstätigkeit auf, Sparkassendirektor Fleck ging in Ruhestand, Zeit&Haben-Teilhaber Schmadalla stieg aus ihrer Firma aus, Uckrow verließ die Firma Wieland, und Bäckermeister Seel formt heute noch lieber Brötchen als wirtschaftspolitische Ideen. Für Wirtschaftsförderung fühlte sich jedenfalls bald niemand mehr zuständig.

Inzwischen hat der Ältestenrat der Stadt Bamberg dies geknickt zur Kenntnis genommen und den Wirtschaftsbeirat ad acta gelegt. „Luftnummer“ lautete das Urteil der GAL schon bei der Einrichtung. Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

GEORG LUNZ
Malermeister & Baubiologe
Handwerksbetrieb für gesundes Bauen & Wohnen

*Wir verarbeiten ökologische
Farben & Putze
Dämmstoffe
Wand & Bodenbeläge*

Alte Kreisstraße 20
96123 Litzendorf/Naisa
Fon: 09505/6173
Fax: 09505/95 01 33

Pamina
Bio. Und genießen.

Milch Obst Käse
Wein Pasta
Gemüse
Brot
Kosmetik u. v. m.

Inh.: Katharina Müllerschön
Austraße 14 · Bamberg · Tel. 0951-50 99 399

illustration: comixart

Auf dem Weg in die Sonne



Solaranlage auf dem Dach der Brauerei Spezial, von der VHS aus gesehen

Photo: Erich Weiß

Mit einer Leistung von 9 kw ist die im Januar 2004 installierte Photovoltaik-Anlage auf der Brauerei Spezial in der Königsstraße die größte in der Innenstadt. Aber natürlich bei weitem nicht die einzige. Insgesamt 324 kw speisen Solarstromanlagen auf Bamberg's Dächern mittlerweile ins Netz ein. Das sind gut

4,6 Watt pro EinwohnerIn.

Damit hat Bamberg seine Solarstromproduktion seit 2002 beinahe verdreifacht. In der Solarbundesliga (www.solarbundesliga.de) liegt Bamberg allerdings noch im hinteren Mittelfeld, kurz hinter Erlangen (mit 4,8 Watt auf Platz 438), aber noch vor Rosenheim (mit 4,5

Watt auf Platz 441). Beachtliche 16,6 Watt pro EinwohnerIn wirft Freiburg in die Waagschale, und aus Bamberger Sicht unschlagbar erscheint der Spitzenreiter der Liga, Rettenbach am Auerberg. Der kleine Ort im Ostallgäu mit 748 EinwohnerInnen schafft ganze 569 Watt pro Kopf.

Knickrig musste blechen

Nachtrag zur 99Z-62-Titelstory „Schöne neue Arbeitswelt“

In der Nr. 62 der 99Z berichteten wir unter der Überschrift „Schöne neue Arbeitswelt“ über die dubiosen Praktiken des Logistikunternehmers Jochen Knickrig*. Der Langzeitarbeitslose Bert Heumann*, der gut ein Jahr für Knickrig gearbeitet hatte, wollte sich nicht gefallen lassen, dass er Überstunden nicht bezahlt bekam und ihm zustehender Urlaub „verfallen“ war, und zog mit Unterstützung seiner Gewerkschaft vor den Kadi. Das Ergebnis des Verfahrens wollen wir in der 99Z-LeserInnen nicht vorenthalten.

Das Arbeitsgericht Bamberg folgte weitgehend der Argumen-

tation Heumanns und schlug schließlich einen Vergleich vor: Knickrig muss an seinen ehemaligen Angestellten nicht nur 4000 Euro zahlen, sondern ihm auch ein ordentliches Arbeitszeugnis für seine Tätigkeit ausstellen. Der Anwalt des Beklagten akzeptierte den Vergleich, auf sein Geld und sein Zeugnis musste Heumann allerdings über zwei Monate warten. Erst als die Gewerkschaft die Zwangsvollstreckung eingeleitet hatte, bequemte sich Knickrig, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Knickrigs Unternehmensstrategie, sich mit Tricks und Kniffen über bestehende Gesetze

hinweg zu setzen, scheint aber auch anderweitig Folgen zu haben. So ist Heumann mittlerweile als Zeuge in einem Verfahren vernommen worden, in dem es um die Schwarzarbeitspraktiken im Hause Knickrigs geht. Und wie Knickrig selbst gegenüber Beschäftigten seiner Firma verlauten ließ, wurde er zu einer Geldbuße von 5000 Euro verdonnert, weil seine Fahrer mit fiktiven Urlaubs- und Arbeitszeitbescheinigungen ständig die vorgeschriebenen Höchstgrenzen bei den Lenkzeiten überschritten hatten.

*Alle Namen wurden von der Redaktion geändert.

impresum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:
Stefan Denzler, Ralf Dischinger, Petra Friedrich, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen):
Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Dominik Brehm, MdB Ursula Sowa, Dr. Cornelia Waldmann-Selsam

Fotos:
Judith Siedersberger, Erich Weiß

Gestaltung und Satz:
Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck:
Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber:
Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 15.000

Nr. 63 / Dezember 2004

99Z euse
was Sie im FT nicht lesen können

Stadtplanungsbeirat ist Fan von „urbanem Parkhaus“

Da mag sich manch einer zusammen mit der GAL gewundert haben, als er in der Zeitung las, dass der Stadtplanungsbeirat die „Parkhaus-Idee“ auf dem ehemaligen Witt-Gelände „gut findet“. Dort sollen nach Plänen des Bamberger Investors Klappan ein Parkhaus mit 242 Stellplätzen und ein paar Handels- und Büroflächen entstehen.

Nicht das geringste an den Plänen auszusetzen hatte das achtköpfige Gremium bei seiner jüngsten Sitzung, obwohl es doch noch bei der Beurteilung der City-Passage so kritisch und differenziert argumentierte. Gar überraschend las sich denn auch die Begrün-

dung für das vollmundige Lob, das zwar nicht alle, aber doch die meisten Beiratsmitglieder aussprachen: Durch das Projekt bekomme das Luitpoldeck seine „frühere Urbanität“ wieder, und es sei ein „nachhaltiger Gewinn an Stadtqualität“ zu erwarten.

Urbanität und Stadtqualität an der Luitpoldkreuzung – ausgerechnet indem man das Verkehrsaufkommen dort noch erhöht???

Dieses abgehobene Phantasievermögen eines Stadtplanungsbeirats mutet doch etwas seltsam an. Gar nicht zu reden davon, dass zusätzliche Parkplätze an dieser Stelle dem vom Stadtrat beschlossenen

Verkehrsentwicklungsplan widersprechen.

Über die verkehrlichen Folgen hat sich das Gremium jedoch überhaupt noch keine Gedanken gemacht, obwohl auch das zu seinen Aufgaben gehört. Das Wort „Verkehr“ wird im Sitzungsprotokoll jedenfalls nicht einmal erwähnt. Man beschäftigte sich stattdessen vornehmlich mit den architektonischen Fragen des Baukomplexes. Was sicher daran lag, dass der planende Architekt Rosenberg das Projekt bei der Sitzung vorstellte.

Achja, und Rosenberg ist auch selbst Mitglied im Stadtplanungsbeirat – ein tüchtiger Mann.

Kulturell wachgeküst?

Regensburg hatte den Zuschlag als bayerische Bewerberin für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 bekommen – und seitdem war von Bamberg's Bemühungen um den Titel so gut wie nichts mehr zu hören. All die großspurigen Träume schienen sich von heute auf morgen in Luft aufgelöst zu haben.

Dabei sollte sie doch „nachhaltig“ sein, diese Bewerbung, sollte die Kultur in der Stadt auch ohne den Titel voranbringen.

Und tatsächlich hat man sich in der Bamberger Stadtverwaltung nach der Absage aus München nicht sofort wieder in den kulturellen Dornröschenschlaf fallen lassen, sondern fühlt sich nach wie vor wachgeküst.

Im Oktober zog die Verwaltung gegenüber dem Stadtrat Bilanz und wertete die Bewerbung „als Denkanstoß, als Impuls und Motor für veränderte Handlungsweisen im Bereich der städtischen Kultur“.

Das mag ein wenig hölzern formuliert sein, aber möglicherweise verbirgt sich dahinter wirklich die Chance, dass Kultur mehr als nur verwaltet wird. Laut Sitzungsvortrag im Stadtrat sollen nun die gesammelten Ideen zu einem Gesamtkonzept zusammengeführt werden.

Sofort angehen will man eine Umgestaltung des Veranstaltungskalenders und der städtischen Kultur-Internetseiten, das Kulturamt will zu regelmäßigen Treffen aller Kulturschaffenden im so genannten „Kulturforum“ einladen, der Kulturhauptstadtverein soll ein „neues Gewand“ bekommen, die Zusammenarbeit mit dem Landkreis ausgebaut werden. Bereits beschlossen ist, dass der bisherige Leiter des Kulturhauptstadtbüros, das es ja nun nicht mehr gibt, im Kulturamt weiter beschäftigt bleibt.

Das reißt noch niemand vom Hocker, aber im Vergleich zu den bisherigen kultu-

rellen Aktivitäten der Stadt ist das schon ein Fortschritt. Interessanter lesen sich allerdings die langfristigeren Ziele. Von einem Kulturzentrum wird da geträumt, E.T.A.-Hoffmann-Tage von 2008 bis 2013 werden als Plan vorgezeichnet, einfallreiche Ausstellungsprojekte für bildende Kunst tauchen auf, Stadteilkultur erscheint als greifbare Vision. Da ist von Aufbruchstimmung, Neuanfang und Weichenstellung die Rede.

Es könnte also noch spannend werden, was sich kulturell in Bamberg so entwickelt. Bei der Sitzung nahmen die StadträtInnen die eröffneten Kulturperspektiven wohlwollend und beifällig auf. Problematisch wird Kultur bekanntlich erst dann, wenn's um den schnöden Mammon geht. Vielleicht wird's dann auch wieder so spannend, dass die FT-Lokalredaktion darüber berichtet, die sich für diesen Tagesordnungspunkt augenscheinlich nicht interessierte.

Anpacken statt jammern!

Ein etwas erbärmlich anmutendes städtisches Grüppchen unter Führung von OB Lauer reiste im Oktober nach Augsburg, um sich deren Konversions-Konzepte erläutern zu lassen. Dort wurde nämlich der Standpunkt der US-Truppen vor einiger Zeit aufgelöst – was ja bekanntlich auch für Bamberg zu erwarten ist – und es entstanden neue Gewerbe- und Wohngebiete.

Während die großen Parteien in der Presse bei diesem Thema laut tönende Reden schwingen, war ihre Beteiligung bei der Informationsfahrt hingegen eher mager: Mit MdL

Helmut Müller (CSU) und Karin Gottschall (SPD) schickten die beiden größten Fraktionen nicht gerade ihre Spitzenkräfte. Außerdem waren noch die Vorsitzenden der übrigen Fraktionen Michael Bosch (FDP/FW/BR), Klaus Gallenz (Die Bamberger) und von GAL-Seite Petra Friedrich vertreten. Allerdings war die Reise auch dem FT nicht berichtenswert genug, kein Mitarbeiter fuhr mit.

Dabei hätte es sich rentiert. Augsburg hat interessante Konzepte zu bieten, aus denen Bamberg lernen könnte. Dort hat man es geschafft, den

Truppenabzug als Chance und Neuanfang zu begreifen und die Bevölkerung zum „Anpacken“ zu animieren. Wesentlich dazu beigetragen hat wohl das ausgeprägte Bürgerbeteiligungssystem in Augsburg. Zur städtebaulichen Entwicklung der Konversionsflächen veranstaltete die Stadt Workshops und Zukunftswerkstätten, an denen Hunderte von Leuten teilnahmen. Die Identifikation der BürgerInnen mit ihrer Stadt sei seither merklich gestiegen, so das Fazit im Augsburger Rathaus. Anderswo greift also das Motto der GAL: Anpacken statt jammern.

Elektrosmog - Mobilfunk
Wissenschaftler und Ärzte sind sich einig: elektromagnetische Strahlung hat Auswirkungen auf den menschlichen und tierischen Organismus!

Einladung zum Vortrag:
Streß durch Strom und Strahlung
am Do., den 09.12.04 von 19.30 - 21.00 Uhr
Unkostenbeitrag: 2,50 €

Wir messen die Belastung und zeigen Ihnen Wege, wie Sie sich davor schützen können!
einfach • sicher • wirtschaftlich

OKOHAUS
BANBERG
Armeestr. 5
96050 Bamberg
www.oekohaus-bamberg.de Tel.: 0951-915 200

Gut zum Fuß - gut zur Umwelt!

SCHUH-LECHNER

Bei uns erhalten Sie

Bundgaard (jetzt bis Gr. 41) + Va Bene + Think + Ganter + Loint's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)

Mo - Fr 9.30 - 18.30 h Sa 9.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266

Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof

